Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Terror & der Krieg gegen ihn“

Christian Fenner (Leipzig)

Antiamerikanismus als Kampfbegriff – Schwierigkeiten mit ‚Kritik‘ nicht nur nach dem 11. September

Ist Kritik an amerikanischer Antiterrorpolitik gleich Antiamerikanismus? – So lautete der Titel meines Vortrages, den ich im Rahmen einer Vorlesungsreihe an der Universität Leipzig gehalten hatte. Der Grundtenor kritischer Einwände lautete: Ich hätte keine präzise Definition des Begriffs Antiamerikanismus geliefert! Ich dachte nach und erfand den besseren, treffenderen Titel. Es war tatsächlich ein Vortrag über Antiamerikanismus als Kampfbegriff – denn, eine präzise Definition ist auch in der wissenschaftlichen Literatur nicht zu finden.

Also: Es gibt Antiamerikanismus, aber vornehmlich als Kampfbegriff gegen einen *unterstellten* ressentimentgeladenen Antiamerikanismus; mit dem bezeichnet zu werden soll stigmatisieren, ein Vorwurf, der in Kollektivform erhoben die Debatte beenden will, bevor sie angefangen hat. Die Diskussionen nach dem 11. September bieten reiches Anschauungsmaterial, auf das ich später exemplarisch eingehen will.

Aber der Titel hieß ja „‚Kritik‘ am ...“. Meine erste etwas apodiktische Antwort lautet: Nein! Kritik an Maßnahmen der amerikanischen Administration kann niemals mit Antiamerikanismus gleichgesetzt werden. Warum aber, so die Erfahrung, unterliegt auch diese Kritik so häufig dem Verdikt des Antiamerikanismus? Damit rücken Rolle und Status des scheinbar Selbstverständlichen in den Vordergrund. ‚Kritik‘ ist offensichtlich, so zeigen gerade auch die Erfahrungen nach dem 11. September, was politische Sprache und publizistische Praxis betreffen, längst nicht so selbstverständlich, wie diese in den Naturwissenschaften akzeptiert wird. Die im Anschluß an Foucaults Aufsatz: Was ist Kritik? wiederaufgeflammten Debatten bezeugen das auch für Sozial- und Politikwissenschaft, bis hin zur Frage, ob Kritik gar noch etwas bewirken könne, da doch Subjekt und Objekt, Sender und Empfänger/Adressaten nur noch unscharf und diffus auszumachen sind. Und besonders heikel wird's für eine Politikwissenschaft, die nicht bei immanent methodologischer Kritik stehenbleiben will, sondern Maßstäbe der Kritik benennen muß, und darüber hinaus erhebliche Schnittmengen mit Feldern der praktischen Politik und Publizistik teilt. Anders ausgedrückt: Eine saubere Definition und begriffliche Zuspitzung mag genau daran vorbeizielen, worum es ihr als Wirklichkeitswissenschaft (auch) gehen muß: nämlich immer mehrdeutige Wirklichkeiten in ihrer politischen Kulturbedeutsamkeit zu erfassen. Das muß unter Umständen so weit gehen, auch das Commonsense-Verständnis von Kritik und, vielleicht noch gewichtiger, die vorherrschende Abneigung gegen Kritik zu begreifen, also selbst noch in einem ressentimentgeladenen Antiamerikanismus etwas Kritisches erkennen zu wollen, was natürlich wieder für Kritik offensteht.

***

Ich beginne mit einem pragmatischen Exkurs zu ‚Kritik‘ und Amerikanismus, wobei pragmatisch hier nichts weiter heißen soll, als daß ich mich nicht auf eine unendliche Debatte über Kritik bzw. Amerikanismus einlassen will, sondern nur zusammenführe, was auch zum Verständnis von Antiamerikanismus nötig ist.[1]

---

[1] Zu ‚Kritik‘ der umfassende Artikel von K. Röttgers, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg. von O. Brunner/W. Conze/R. Kosellek, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 651–675.

„... daß Philosophen Könige würden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen; weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt."
I. Kant, Zum ewigen Frieden

„Zentraler Brennpunkt aller Politikwissenschaft ist die dialektische Beziehung von Herrschaft und Freiheit."
S. Neumann, Angst und Politik

Obwohl wir ‚Kritik' (gr.: die Kunst der Beurteilung) tagtäglich erleben, mag sie niemand wirklich: weder die Regierenden noch das Volk, weder die Kirche noch die Wirtschaft, am allerwenigsten mögen Kritik wir als Individuen! Dabei muß Kritik doch geradezu als das Lebenselexier (nicht nur der Wissenschaft) von Politik, besser von Demokratie betrachtet werden. Ich zitiere, was manchmal nützlich ist, aus Meyers Lexikon: „Grundform der Auseinandersetzung mit Handlungen, Handlungsnormen und -zielen sowie mit der durch diese bestimmten Welt in Form der Distanzierung, Beurteilung, Infragestellung, Negierung; in moderner Terminologie nahezu synonym zu Vernunft und Denken. Aufklärerische Kritik richtet sich gegen den Zwang zur nichtbefragten Internalisierung ... gesellschaftlicher Vorurteile und Normensysteme; sie setzt einerseits die Freiheit zu deren Infragestellung voraus und ist andererseits darauf angelegt, diese Freiheit zu erweitern. Insofern sind Kritik und Fähigkeit zur Kritik konstitutiv für jede Demokratie."[2]

Das erste, was autoritäte Systeme und Diktaturen veranlassen, ist die Knebelung der Medien, die Einschränkung der Pressefreiheit.[3]

Amerikanismus aus dem Geist des Protests der Kritik und Aufklärung

An genau diesem Punkt ist auf das Einzigartige und Gemeinsame der westlichen Demokratien, insbesondere der Vereinigten Staaten hinzuweisen: Diese sind in langen und harten Kämpfen bis hin zum Bürgerkrieg aus dem Geist der Kritik, des Protests, der Opposition entstanden. Eine politisch-kulturelle Großtat war die Institutionalisierung der Opposition, die von Erfahrung genährte Erfindung der Gewaltenteilung bzw. der Mechanismus für Macht und Herrschaftskontrolle, „weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt". (Kant) Die Menschen und Freiheitsrechte der Individuen (gegen den Staat!) gehören dazu, genauso wie die Anerkennung unterschiedlicher Interessen, Parteien und Verbände, kurz: daß bei aller Sehnsucht nach Konsens der Nicht-Konsens als Teil gesellschaftlicher und politischer Realität anerkannt wird. Das alles funktioniert nicht ohne Freiheit zur Kritik. Dieses schöne (Selbst-Bild) des Westens, der westlichen Demokratien ist auch der Kerngedanke dessen, was man Amerikanismus nennt.[4]

---

[2] Meyers großes Taschenlexikon, 2. neubearbeitete Auflage, Bd. 12, Mannheim/Wien/Zürich 1987, S. 231.

[3] Laut FR vom 03.05.02 wurden 2001 400mal Medien mit Erscheinungsverbot belegt, starben 31 Journalisten, wurden 500 festgenommen, sind 110 in Haft.
Kein islamisches Land erfreut sich einer freien Presse; China wirft Internetakteure für Jahre ins Gefängnis und die realsozialistischen Staaten sind an der Unterdrückung der Pressefreiheit zugrunde gegangen.

[4] Selbst einer der unnachgiebigsten Kritiker der USA, N. Chomsky, für die Mehrzahl der Medien der Antiamerikaner und Nestbeschmutzer schlechthin, meint, die Vereinigten Staaten seien „in der Tat die freieste Gesellschaft der Welt. Der Grad der Freiheit und des Schutzes der Redefreiheit hat nirgendwo sonst eine Parallele." Aber er fügt auch hinzu, daß das nicht nur in der Verfassung stünde, sondern langsam gegen staatliche Repression des Staates durchgesetzt werden müßte: „Der große Durchbruch kam erst 1964, als das Gesetz über ‚aufrührerische Verleumdung' im Zuge der Bürgerrechtsbewegung vom Supreme Court aufgegeben wurde." (Dieses Gesetz erklärte „grundsätzliche Kritik an der Staatsgewalt zum Verbrechen"! Ch. F.) Zitat von N. Chomsky, in: ders.: Sprache und Politik, Berlin/Bodenheim 1999, S. 13.

Dieser ‚rationale‘ Kern des Amerikanismus, zu dem auch die Religion und andere, weniger rationale Dinge gehören, läßt R. Dahrendorf 1963 vom Land der „angewandten Aufklärung“ sprechen. Wo Mittel-Zweck-Rationalität nichts anderes heißen soll, als „daß der mündige Mensch die Welt für machbar erklärt“. (S. 24) – – um sich dann auf den „Way to Wealth“ (B. Franklin) zu machen.[5] Dabei, bei der Suche nach dem privaten Glück, nach Eigentum und Reichtum, soll ihm keiner im Wege stehen, insbesondere nicht der Staat. Die Idee der politischen Selbstbestimmung soll der wirtschaftlichen Selbstverwirklichung (heute dem Konsum) dienen: Von H. D. Thoreau bis zu R. Reagan zieht sich der Gedanke, die beste Regierung sei die, welche gar nicht regiert. Und so gehört es zu den Wundern des Amerikanismus, des American Creed, daß sich selbst dann noch viele zur Kritik herausgefordert fühlen, wenn die Regierung einen Krieg führen will (I. und II. Weltkrieg, Vietnam) oder kurz einer bevorsteht (Irak).

„Nicht so regiert zu werden“, sagte der New Yorker Filmemacher Spike Lee auf den Berliner Filmfestspielen 2003 und meinte damit die vom abflauenden Patriotismus getragenen Kriegsvorbereitungen der US-Regierung im Rahmen ihres Kampfes gegen den Terror nach dem 11. September.

Kritik

Mit diesen „regierungskritischen“ Äußerungen schlage ich meinen pragmatischen Bogen zur Kritik, wie sie M. Foucault in seinem Aufsatz „Was ist Kritik?“[6] erörtert hat.

Als hätte Spike Lee Foucault gelesen: Aus der Dialektik von Herrschaft und Freiheit entwickelt Foucault, Kants Aufsatz „Was ist Aufklärung?“ aufnehmend, seine zentrale Frage, was uns denn überhaupt zu Kritik hinführt, bis wir den Mut haben, uns selbst fragend zu ermächtigen: Wie schaffe ich es, nicht so regiert zu werden? (S. 20) Zwei Dinge sind hier in aller Kürze hervorzuheben. Zum einen ist mit der Entwicklung dieser herrschaftskritischen Fragestellung die Entfaltung des Selbst, des Individuums verbunden. Zum anderen verweist der Kantsche Mut auf eine Haltung oder gar Tugend zur Kritik. Denn aller Protest, alles Infragestellen war und ist immer (relational) auch von den ‚Grenzen der Kritik‘, von denen ja auch Kant spricht, bestimmt.

Aus der Gewissensführung durch die Kirche hat sich durch die Reformation (= „Ist die Schrift wirklich wahr?“), hat sich aus der Kritik an ungerechter Regierung (= „Welches sind die Grenzen des Rechts zu regieren?“), hat sich durch Infragestellung von Wahrheiten der Autorität qua Autorität das mündige Selbst entwickelt, das nur noch dann etwas akzeptieren will, wenn es die Gründe, etwas zu akzeptieren, selber für gut befindet. Man könnte nun den Beginn des langen Gründungsaktes der USA, also seit 1620, gerade so lesen: Loslösung von Staatskirche und Herrschaft, Protest und Abfall vom englischen König in der Unabhängigkeitserklärung, eine selbstverfertigte Gegenverfassung, die Rede, Kritik und individuelle Religionsfreiheit sichert und die „Bill of Rights“, die (nachgeschoben) unveräußerliche Men

---

Zum Amerikanismus immer noch gut, kurz und bündig mit Literaturhinweisen: J. Gebhardt: Amerikanismus, Politische Kultur und Zivilreligion in den USA, in: ApuZ, B49 (1990), S. 3–18.
Zum Antiamerikanismus: Dan Diner, Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland, Frankfurt 1993; Gesine Schwan, Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland, Baden-Baden 1999.

[5] Ralf Dahrendorf: Die angewandte Aufklärung, Frankfurt/Main 1968 (zuerst 1963).

[6] M. Foucault: Was ist Kritik? Berlin 1992 (gehalten 1978); bis heute hat dieser Aufsatz nachhaltige Wirkung entfaltet. Siehe J. Butler: Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend, in: DZPhil., Berlin 50 (H. 2), 2002, S. 249–265); dort auch R. Geuss: Kritik, Aufklärung, Genealogie, S. 273–281; interessant auch: D. Auer: Ein Unterschied, der einen Unterschied macht? Gesellschaftskritik und Pragmatismus, in: K. Neumann-Braun (Hg.: Medienkultur und Kulturkritik, Wiesbaden 2002, S. 182–199).

schenrechte gegen jede Regierung reklamiert, die mit tyrannischen Mehrheiten diese zu beseitigen drohen.[7]

Es ist dieser immer wieder erneuerte, von jedem Einwanderer abzulegende, bewußte politische Akt der Zustimmung zu diesen grundlegenden Politikprinzipien, die die Besonderheit der Politischen Kultur der USA ausmachen, keine Ideologie zu haben, sondern eine zu sein. (R. Hofstadter) Und so verstehen sich die USA durchaus als messianischer Führer der Menschheit auf dem Weg zu Vernunft und Fortschritt, als Auserwählte, die anderen die (amerikanische) Demokratie bringen wollen. Wenn, wie am 11. September, diese Ursprungsprinzipien auf mörderische Weise herausgefordert werden, dann muß geradezu jede Kritik an diesem politischen, patriotischen Glaubensbekenntnis verstummen. Diese religiös demokratische Identifikation mit ‚Gottes Land' erlaubt dann keinen Atheismus, nicht den Abweichler oder nonkonformistischen Intellektuellen. Diese mögen sich noch so sehr auf wichtige Elemente des Amerikanismus beziehen, die Mainstream-Interpretation wird sie zu Antiamerikanern stempeln, they become ‚un-american'.[8] Antiamerikanismus ist also ein amerikanischer Ausgrenzungs- und Kampfbegriff, der deutungskulturell *eine* Interpretation von Amerikanismus durchsetzen will, wohlwissend, daß es abweichende Interpretationen gibt.[9]

Im strengen Sinne des Begriffes heißt das, daß jeder im Ausland vorgebrachte Vorwurf des Antiamerikanismus erst einmal als Antonym zu Amerikanismus zu begreifen ist und sich immer nur auf die gerade vorherrschende, inneramerikanische Amerikanismusinterpretation affirmativ beziehen kann. Das Ressentiment, daß der reflexhafte Anti-Antiamerikanismus (so zum Beispiel Herzinger) den (angeblichen) Antiamerikanern unterstellt, fällt auf diese zurück, nach dem Motto: „Weil Du ressentimentgeladener Antiamerikaner bist, kritisierst Du die Politik der USA (so zum Beispiel Dan Diner) und berufst Dich noch perfiderweise dabei auf inneramerikanische Kritiker, um damit Deinen Antiamerikanismus zu legitimieren. Bezeichnenderweise taucht der anti-antiamerikanische Reflex niemals in Form des Vorwurfs auf, antiamerikanische Kritiker seien unamerikanisch – vielleicht ein richtiger Reflex auf das einmal gebrauchte „undeutsch".

Man sieht: Schwierigkeiten mit der Kritik allenthalben; die Gemengelage ist vertrackt, wenn man zugestehen muß, daß es tatsächlich so etwas wie einen ressentimentgeladenen Antiamerikanismus gibt, genauso wie den Antisemitismus (der bezeichnenderweise auch in der adjektivischen Form „un-semitisch" keinerlei Sinn ergibt.)[10]

Formwandel der Kritik an der Antiterrorpolitik der USA-Regierung

Der Kritik muß sich alles unterwerfen, wie Kant sagt, zumal Regierungen, weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt. Schön wär's natürlich; aber wo Protest, Opposition, Kritik und Fragen in der inneren Politik nachweislich ihre Wirkung durchaus entfalten, ändern sich Form und Status der Kritik, wenn's ums Ganze geht, um

---

[7] Vgl. Federalist Papers Nr. 51.
Das First Amendment steht unter keinem weiteren Gesetzesvorbehalt; noch 1971 konnte die Nixon-Regierung den Abdruck der Pentagon-Papers trotz Anrufung des Supreme Courts nicht verhindern: Die Regierung konnte den Nachweis schwerer Gefahr für die nationale Sicherheit nicht erbringen. – Der Vietnam-Krieg wurde auch auf Druck und Protest der öffentlichen Meinung abgebrochen.

[8] Natürlich denkt man hier sofort an die McCarthy-Ära, aber der Streit um die Auslegung des americanism: Was ist die richtige Antwort auf die Frage nach dem ‚guten Leben'? durchläuft in großen Wellenbewegungen die ganze amerikanische Geschichte. Vgl. M. Walzer: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Frankfurt/Main 1996, S. 65–97.

[9] Zum Beispiel der New Deal, die Bürgerrechtsbewegung, die Studentenrevolte und die Anti-Vietnamkriegsbewegung aus der neueren Zeit.

[10] Antikapitalismus würde ich nicht in diese Reihe aufnehmen, da es genügend Gründe gab und gibt, kritisch gegenüber dem Kapitalismus zu sein und der historische Antikapitalismus der Arbeiterbewegung oder des christlichen Konservatismus auch verständliche Gründe geltend machen konnte.

Krieg und Frieden, um Vaterland und Nation, um Freund oder Feind, um Gut und Böse, wenn Loyalitäten und Bündnisse, wenn Diplomatie, Solidarität oder Staatsräson ins Spiel kommen. Dann bleibt meist nicht nur die Wahrheit auf der Strecke, sondern auch die Sprache der Kritik tut sich schwer, Differenzen werden eingeebnet, Grenzen und Begrenzungen der Kritik werden sichtbar oder werden mehr oder weniger sanft markiert. Medien werden gleichgeschaltet oder nehmen sich in Demokratien zurück, Zensur direkt oder indirekt, Einschüchterung wird ausgeübt, Opportunismus wird sichtbar.[11] Weil und wenn es ums ‚Ganze' geht, das ‚Ganze' kritisiert oder gar angegriffen wird, wenn einzelne fürs ‚Ganze' in Haft genommen oder gar in den Tod geschickt werden, dann reagiert das ‚Ganze', als wär's ein einzelner und der (Überlebende) tut gut daran, zu tun, als wäre er das ‚Ganze'. Krieg ist das elementare Ereignis, in dem das Andere/Fremde nicht zum Feind erklärt, oder zum Feind erklärt werden muß. Der einzelne, das individuelle Subjekt, hat sich ein- und unterzuordnen. Der Deserteur – der Selbst-Läufer (autómolos), wie es im Griechischen heißt, wird für seinen Mut, selber zu denken – in anderer Lesart: Feigheit vor dem Feind – mit dem Tode bedroht. Fragen zu stellen wird zur Wehrkraftzersetzung.

Der 11. September hat diesen Einbindungs- und Verpflichtungsmechanismus erst einmal voll und ganz bestätigt; im Verlaufe wurde er aber auch etwas relativiert. Was dieses Ereignis, ein terroristisches Menschheitsverbrechen, zum Weltereignis machte, war nicht nur sein Vollzug vor aller (TV-)Augen, seine offenkundig kalkulierende Symbolik, sondern jedermanns Getroffensein. Das ‚Wir sind alle Amerikaner' verlieh diesem Augenblick den emotional angemessenen und zivilisatorischen Ausdruck. Menschen, Völker und Regierungen können unterscheiden, von Antiamerikanismus keine Spur.

Um so überraschender war es, wie schnell der Vorwurf des unamerican bzw. Antiamerikanismus beiderseits des Atlantik wiederbelebt wurde, zumal doch offensichtlich ein sowohl kalkulierter wie ressentimentgeladener Haß auf Amerika das terroristische Verbrechen der Attentäter geleitet hatte, und diese Art und Form von Antiamerikanismus mit keinem kulturellen, politischen oder ökonomischen Antiamerikanismus, wie er schon häufig für Europa und Deutschland beschrieben wurde, zu vergleichen ist. Und erst recht nicht mit der inneramerikanischen. Woran entzündete und entwickelte sich dieser ‚neue' (und eben nicht ‚übliche', R. Herzinger) Antiamerikanismus? An den unterschiedlichen Fragen nach den Gründen, dem Warum? Und an den möglichen Gegenmaßnahmen nach dem Wie, also wie auf diesen Anschlag zu reagieren ist?

Ich habe eben erwähnt, daß die Reaktion fast der gesamten Welt als ein Anschlag auf jeden einzelnen, auf die keineswegs nur westliche Zivilisation verspürt wurde. Doch innerhalb weniger Tage konzentrierte sich diese Empathie auf die Opfer und notabene: die Helden, die Feuerwehrleute von New York, die nichtsdestoweniger ein paar Wochen später um ihre seit Jahren ausgebliebenen Lohnerhöhungen kämpfen mußten; da hat sich gar nichts geändert. Es konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf die in nur wenigen Tagen bekannten, vornehmlich aus Saudi-Arabien stammenden Täter, die keine Botschaft hinterlassen hatten außer beschädigten und zertrümmerten Symbolen der USA.

Noch bevor Präsident Bush (zehn Tage später) seine Version und Interpretation des Warum abliefern konnte, hatte S. Sontag in bester selbstkritischer, aber wie sich herausstellen sollte, sehr mutiger Manier, die entscheidende Frage gestellt: „Warum hassen sie uns?" Die Wucht dieser Frage lag im „sie"! Nicht die noch nicht bekannten Täter, nicht „der Islam", sondern warum gibt es einen solchen energiegeladenen, haßerfüllten Antiamerikanismus, der auf niedrigerem, eher abstrakt ressentimentgeladenen Niveau zur Frage nötigt: Warum wollen

[11] Vgl. das „Lehrstück über Zensur und Selbstzensur im paläst.-israelischen Konflikt von E. Schapira", in: T. Kaufmann/M. Orlowski (Hg.): „Ich würde mich auch wehren ...". Antisemitismus und Israelkritik, Potsdam 2002, abgedruckt in FR vom 12.11.2002 (Dok.).

„sie“ so nicht von den USA ‚regiert werden‘? „Sie“, die Völker? Das ist für den Mainstream-Amerikanismus völlig unverständlich, denn „die Völker“ wünschen sich, entgegen ihren tyrannischen Regierungen nichts sehnlicher als die amerikanische Demokratie (Freiheit und Konsum), die ihnen Amerika bringen wird und soll „und sei es mit Gewalt“. Einen demokratischen Bolschewismus nannte das Dan Diner am 26.01.03 in Leipzig. Ziele und Aktionen, zu denen sich Terroristen bekennen, und zu fragen, was „die Völker“ wirklich wollen, ist diesem regierenden Amerikanismus gleichgültig, keine Frage wert. Im Gegenteil: Präsident Bush nimmt Susan Sontags Frage in schon von Kommentatoren spezifisch gewendeter Form auf: „Sie hassen uns, weil wir für eine ‚neue Weltordnung‘ kapitalistischer, individualistischer, säkularisierter und demokratischer Provenienz eintreten, die überall zur Norm werden sollte.“ (R. Steel in: NYT) Das heißt, „sie“ sind nicht mehr die Völker, sondern „apokalyptische Nihilisten“ (M. Ignatieff), „das Böse“, der Feind schlechthin. Fragen zu stellen ist hier sinnlos und macht dich, so John Le Carré (in: FAZ vom 17.10.01 „Dieser Krieg ist längst verloren“) zum Antiamerikaner, nur weil du die Anschläge in historische Zusammenhänge gestellt hattest. Feindbestimmung ist mit Selbstkritik nicht möglich. Gegen „das Böse“ kann man nur handeln unter den schnell wechselnden Überschriften des Kreuzzugs – des „War against Terrorism“, des „infinite justice enduring freedom“. Der durch den Anschlag erst vollständig legitimierte Präsident beanspruchte und konnte auch für die angegriffene und narzißtisch gekränkte Nation sprechen. Denn Identifikationswille und Zugehörigkeitsgefühl zum Vaterland lassen Denken und Kritik der großen Mehrheit auf eine auf individuelle Wahlfreiheit sonst pochende Nation schrumpfen: „United we stand“, „E pluribus unum“, da erscheint jeder, der nicht für uns ist, gegen uns. Schon die holistische Sprache hat etwas Disziplinierendes, ja Drohendes. Kollektive Identitätsbildung steht vernünftiger Ich-Identitätsbildung geradezu im Wege, hat, wie R. Popper schon gesehen hat, durchaus etwas Totalitäres und Zwanghaftes.[12]

Unsere Anti-Antiamerikaner geraten als Intellektuelle ganz aus dem Häuschen, wenn’s endlich dann mal ums Handeln geht, zur Entscheidung drängt. K. H. Bohrer hat in seinem Editorial des „Merkur“ 11/2001 deutlich gemacht, daß, „sobald es ans Essentielle geht“, Argumente der „Theoretisch Distanzierten“ vielleicht ins Seminar gehören, im Realen aber nichts zu suchen haben. Er nimmt (als Intellektueller) die Position des Politikers, des Staatsmanns ein, und der muß, „weil wir uns angegriffen fühlen“ und Gewalt nur mit Gewalt zu beenden ist, handeln. Der komplizierten Realität menschlicher, universaler und pluraler Ansprüche legt dann die Politik nur Hindernisse in den Weg. Deshalb bedarf die Politik einer Nation, und wie S. Huntington einmal sagte, eines intellektuellen Grundprinzips: Realität muß konzeptionell übervereinfacht werden – ohne vereinfachte Bilder der Realität gebe es nur ein schauerliches Durcheinander. Das sind also Aufgaben für die entsprechenden Maßnahmen der Regierungspropaganda. Dabei werden ganz selbstverständlich ‚Realitäten‘ wie das UNO-Verbot der Vergeltung in eine scheinbar berechtigte Gegenwehr umgedeutet, die mit Handeln nicht die gezielte Verfolgung der Terroristen meint, sondern den unbestimmten Dauerkrieg gegen Staaten, die nicht angegriffen haben, sondern erst zu Schurkenstaaten definiert werden müssen. Für das ‚handlungshemmende Appeasement-Ritual‘ gegenüber der islamischen Welt macht Bohrer kritische Intellektuelle aus, deren Pazifismus sich mit der aus der 68er Tradition stammenden „radikalen Kulturkritik am Westen“ paart, sprich mit Antiamerikanismus. Also, wenn es ums Ganze, ums Essentielle geht, soll das Kritisieren aufhören; nur die Entscheidung zählt. Die Logik des binären Codes greift: Freund oder Feind, der Vorwurf des Antiamerikanismus soll hier sortieren, einschüchtern, Fragen verhindern. Man kann es nicht brauchen, das „übliche Lüftlein liberaler Larmoyanz“, wie Hans-Ulrich Gumbrecht in der FAZ vom 15.09.02 schreibt.

[12] Siehe B. von Greiff: Staatsphilosophie – Eine bisher unbekannte Form der Innenpolitik, in: H. Heimann (Hg.): Dialog statt Dogmatismus, Köln/Ffm 1978, S. 169–180.

In Deutschland und in Amerika werden sog. Bedenkenträger mit einer Rhetorik überzogen, die auf subtile Weise Kritiker und Fragesteller zu Quasi-Komplizen des mörderischen Antiamerikanismus macht. Auch der Chefredakteur der „Zeit", J. Joffe, meinte in seinem Leitartikel vom 17.09.02, daß alle Versuche, den barbarischen Angriff auf die Zivilisation in den Rahmen politischer oder kultureller Konflikte historisierend zu stellen, auf eine Exkulpierung der Täter hinauslaufe, denn hier sei „das Böse schlechthin" am Werke gewesen. Der Alt-68er Th. Schmid greift am selben Tag (FAZ, 17.09.01) auf christliches Gedankengut zurück, wenn er den Terror und „das Böse" als „Teil der conditio humana", kurz der Erbsünde begreift. Gleichzeitig bescheinigt er „linken Befürchtungen" eine Aushöhlung demokratischer Freiheiten, nämlich einer zivilreligiösen Zwangsvorstellung zu gehorchen, die der „Wahrhaftigkeit" schadet und im Zweifelsfall dem Terror nützt.[13]

Aber, wenn auch verzögert, die „unamerikanische" Seite des Amerikanismus meldet sich auch noch zu Wort. Selbst wenn es in einer solchen Situation hilfreich sein möchte, die Welt in Gut und Böse einzuteilen, zur Entlastung des kollektiven Schocks und auch als Linke sollte man nicht ernsthaft verlangen, den Patriotismus aufzugeben,[14] so droht doch, wie Martha Nußbaum schreibt, daß das „Gefühl, daß einzig das ‚Wir' zählt, nur ein imaginäres, dämonisiertes ‚Sie' hervorbringt (Le monde diplomatique, März 2002).

Ihr Plädoyer für einen mitfühlenden Patriotismus (das ist Bushs Wahlkampfslogan) knüpft an die Fragen an, die Susan Sontag schon so früh gestellt hatte, also: Warum hassen sie uns? Oder, wie es der amerikanische Psychologe Philip G. Zimbardo ausdrückt: „Wir dürfen das ‚Böse' nicht länger als individuelle Veranlagung (oder kollektive Projektion, Ch. F.) ansehen. Vielmehr sollten wir die situativen Bedingungen ‚des Bösen' erforschen, um jene Kräfte zu erkennen, die es generieren. Nur so können wir die Verführungen identifizieren, die sogar gute Menschen zu Anhängern des ‚Bösen' werden lassen." (In: Psychologie heute, 12/2001, S. 21/22) Daß solcherart Kritik noch immer mit dem Etikett des unamerican versehen wird, zeigten Äußerungen von amerikanischen Intellektuellen über Einschüchterung in den Medien und Universitäten. Der „American Council of Trustees and Alumni" hat einen Bericht ins Internet gestellt mit dem Titel „Die Verteidigung der Zivilisation: Wie unsere Universitäten Amerika im Stich lassen und was wir dagegen tun können". (Le monde diplomatique, a.a.O.)

Wie auch immer: Trotz aller Konformität der TV-networks und Einschüchterungsversuchen haben die großen Zeitungen laut Chomsky auch kritische Intellektuelle zu Wort kommen lassen, und das durchaus mit Wirkung, auch in Deutschland. Am 12. Februar 2002 veröffentlichte der „Tagesspiegel" unter der Überschrift „Nächstenliebe verlangt Gewalt" den Aufruf von 60 Intellektuellen, die Bushs Krieg gegen den internationalen Terrorismus unterstützten. Das 18seitige Papier versucht, neben selbstkritischen Hinweisen auf Fehler und Versäumnisse der USA mit normativen, religiösen, politischen und juristischen Begründungen zu belegen, warum man die universalen Werte und Grundrechte, die gleichzeitig die der USA sind, manchmal in einem „gerechten Krieg" verteidigen muß. Am 11.04.02 veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau" auf ihrer Dok.-Seite eine Antwort von 150 US-Intellektuellen, verfaßt als Brief von US-Bürgern an „unsere Freunde in Europa". Der Brief ist sehr viel kürzer, sehr kritisch; im ersten Satz weist er die Gleichstellung von amerikanischen Werten mit der Ausübung von wirtschaftlicher und vor allem militärischer Macht der USA im Ausland zurück. Das ist natürlich direkt gegen die 60 und die Rede von Bush vom 21. September 2001 gerichtet. Bezeichnenderweise widmen sie dem Zustand der Rolle der Kritik einen ganzen Absatz, wo sie sich gegen den Idiotismus des amerikanischen Antiamerikanismus zur Wehr setzen. Die Reaktion in Deutschland auf diese inneramerikanische Auseinandersetzung, die

---

[13] Zit. nach Altmeyer: „Nach dem Terror, vor dem Kreuzzug", In: Kommune H. 10 (2001), S. 11 – Diese Aushöhlung ist im First Patriot Act (der zweite ist in Vorbereitung) schon eingetreten; die Verschärfung der deutschen Antiterror-Gesetzgebung folgte auf dem Fuße.

[14] Siehe R. Rorty: Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus, Frankfurt/Main 1999.

bewußt nach Europa getragen worden war, war äußerst heftig. Um es kurz zu machen: Peter Schneider, gewiß kein Antiamerikaner (aber was hilft das?), haut am 14.02.02 im „Tagesspiegel“ in die Kerbe von Arundhati Roy, wenn er die 60 der selbstgerechten und anmaßenden Gotteslästerung bezichtigt, weil sie sich zur absolutistischen Instanz aufwürfen, über den „gerechten Krieg“ entscheiden zu können, mit einer Gewißheit, die in einer säkularen Demokratie nichts zu suchen hat.

Ganz anders dagegen Richard Herzinger, der mit dem Anti-Antiamerikanismus-Reflex. Unter der Überschrift „Was für den Westen zählt oder: Sind amerikanische Werte auch unsere Werte?“ begrüßt er natürlich den Brief der 60 „namhaften Autoren“ (während er die 150 als Linksintellektuelle qualifiziert), kritisiert aber deren amerikanisches Selbstverständnis, amerikanische Werte substantialistisch aus moralphilosophischen Wahrheiten heraus zu definieren. Er empfiehlt ganz materialistisch, wofür sich die 60 durchaus etwas schämen, die egalitäre Konsumentendemokratie als die eigentliche Leitkultur der westlichen Welt als Erfolgsgeheimnis der so häufig kritisierten Amerikanisierung zu verbreiten. „Das Konsumprinzip ist das amerikanische Integrationskonzept schlechthin: Es fokussiert alle Fortschrittsanstrengungen auf das private Glück des einzelnen.“ – Eine Position, die schon Hannah Arendt kritisiert hatte.

Kritik und Streit müssen sein, aber bei der Behandlung der 150 Intellektuellen überzieht Herzinger seine Kritik mit allen Topoi des Antiamerikanismus, so daß ihm völlig zu entgehen scheint, daß diese 150 auch Amerikaner sind und vielleicht ihre eigenen Motive zur Kritik ihres Landes haben.

***

Eineinhalb Jahre sind seit dem 11.9.2001 vergangen, der „Krieg aus Nächstenliebe“ (Spiegel-Titel 8/2003, S. 90-102) wird wohl geführt werden, aber die Kritik an der Bush-Administration war nicht völlig umsonst. Die Folgen des Weltereignisses haben einen bisher einzigartigen Schub hin zu einer Weltinnenpolitik befördert. Daß hunderte Millionen von Menschen sich Sitzungen des Weltsicherheitsrates ansehen, daß Millionen Menschen weltweit inklusive in den USA deutlich signalisieren, „so nicht von den USA regiert werden zu wollen“, das ist ein bemerkenswertes Zeichen, zumal es ohne ressentimentgeladenen Haß (Antiamerikanismus) abgelaufen ist. Das ist neu. Man weiß in Deutschland inzwischen zu differenzieren: Umfragen zeigen, daß es keinen „antiwestlichen Antiamerikanismus“ mehr gibt. Man kann gleichzeitig auf dem Bündnis mit den USA bestehen (87 %, laut Spiegel, ebda. S. 23) und dennoch eine große Kriegsgefahr von Bush ausgehen sehen.[15] Man kann bei der Solidaritätskundgebung im September 2001 in Berlin gewesen sein *und* bei der großen Demonstration am 15.02.2003. Treffend kommentiert Mark Siemons im Feuilleton der FAZ (17.02.03): „Was mehr Menschen als jemals zuvor in Deutschland gegen einen Krieg zusammenbrachte, war eine Verstandessache. Leute sehr verschiedener Herkunft brachten zum Ausdruck, daß die offiziellen Gründe für den angekündigten Krieg nicht überzeugten. Sie demonstrierten weniger für die Regierung als für die universalistischen Werte, welche die neue Welt mit der alten verbinden.“ Dies war ein Triumph des Amerikanismus, wie ihn die Leute gerne sähen, ein Triumph für die Demokratie.

Man kann (wie die Regierung Schröder) den Irakkrieg ablehnen – und der Vorwurf billigen Antiamerikanismus‘ seitens der Opposition läuft ins Leere, genauso wie der eines „neuen Sonderwegs“. Diejenigen, die den Antiamerikanismus kritisieren, machen sich nicht klar, daß ihr Amerikanismus aus Staatsräson/Dankbarkeit/Loyalität/Freundschaft vielleicht selbst nur

---

[15] Siehe R. Rorty: Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus, Frankfurt/Main 1999.

einen alten deutschen Sonderweg darstellt, der dem der Nibelungentreue und des Rechts des Stärkeren folgt.[16]

Es ist möglich geworden, es ist notwendig geworden, die USA neu zu denken, d.h. wir müssen lernen, wie Imperien funktionieren. Die Handlungslogik der USA kann aber dennoch nicht den Gedanken verbieten, daß Amerika auch irren kann (FAS vom 14.04.02), denn das fiele in die Selbstaufgabe Europas. Auch wenn es durch einen vom Wall Street Journal angeregten „Brief der 8" der Regierung Bush gelungen zu sein scheint, Europas Regierungen – nicht die Völker – zu spalten, die Kritik an Washingtons Unilateralismus, den es als Antiterrorkrieg ausgibt, könnte die alteuropäische „Erfahrung gemeinschaftlicher Friedenssicherung als Essenz der Weltgeschichte" (P. W. Schroeder) in Erinnerung rufen, bis auch die andere Seite des Amerikanismus merkt, daß sie ‚so nicht regiert' werden möchte und auch so nicht regieren will.

[16] Siehe M. Brumlik: FR 10.02.03, S. 34 „Das Recht des Stärkeren kehrt zurück. ‚Antiamerikanismus' oder über die Notwendigkeit, die USA zu denken".